

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910

340 (11.12.1910) 1. Blatt

Karlsruher Zeitung.

1. Blatt

Sonntag, 11. Dezember

1. Blatt

N^o 340

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 5. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Hofmarschall Seiner Hoheit des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin, Regenten des Herzogtums Braunschweig, von Rantau, den Stern zum Kommandeurkreuz Höchstehres Ordens vom Jähringer Löwen und dem Kammerdiener Duwe im Dienste Seiner Hoheit des Herzogs das Verdienstkreuz vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 8. Dezember d. J. gnädigst geruht, den Geheimen Finanzrat Wilhelm Gimbel bei der Zoll- und Steuerdirektion unter Verleihung des Titels Ministerialrat zum vortragenden Rat beim Finanzministerium sowie

den Obersteuerinspektor Max Fleischmann und den Oberzollinspektor Ludwig Sammet unter Verleihung des Titels Finanzrat zu Kollegialmitgliedern bei der Zoll- und Steuerdirektion zu ernennen.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat mit Entschiedenheit vom 3. Dezember d. J. den Buchhalter Gustav Stegenbach beim Hauptsteueramt Konstanz zum Finanzamt Einsheim,

den Buchhalter Karl Renninger in Einsheim zum Finanzamt Schwellingen,

den Buchhalter Karl Stern in Schwellingen zum Hauptsteueramt Konstanz versetzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Eine Erinnerung.

Der gestrige und der heutige Tag läßt folgende Erinnerung aufleben.

Am 9. Dezember 1870 hatte der Norddeutsche Reichstag die Verträge mit den süddeutschen Staaten in dritter Lesung angenommen. Daraufhin beantragte der Bundesrat noch am selben Tage, in der Einleitung zu der abgeänderten neuen Verfassung den Ausdruck „Deutscher Bund“ durch „Deutsches Reich“ zu ersetzen und in Artikel 11 dem Bundespräsidium den Titel „Deutscher Kaiser“ zu erteilen. Am 10. Dezember genehmigte der Norddeutsche Reichstag in drei Lesungen diese Änderungen und beschloß, durch eine Mildernde Abordnung (Kaiserdeputation) dem König von Preußen folgende Adresse überreichen zu lassen:

„Auf den Ruf Eurer Majestät hat das Volk um seine Führer sich geschart, und auf fremdem Boden verteidigt es mit Heldentat das freiheitsliebende Vaterland. Ungemessene Opfer fordert der Krieg; aber der tiefe Schmerz über den Verlust der tapferen Söhne erschüttert nicht den entschlossenen Willen der Nation, welche nicht eher die Waffen ablegen wird, als bis der Friede durch gesicherte Grenzen besser verbürgt ist gegen wiederkehrende Angriffe des eifersüchtigen Nachbarn. Dank den Siegen, zu denen Eure Majestät die Heere Deutschlands in treuer Waffengenossenschaft geführt hat, sieht die Nation der dauernden Einigung entgegen. Vereint mit den Fürsten Deutschlands naht der Norddeutsche Reichstag mit der Bitte, daß es Eurer Majestät gefallen möge, durch Annahme der Deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. Die deutsche Krone auf dem Haupte Eurer Majestät wird dem wieder aufgerichteten Reich deutscher Nation Tage der Macht, des Friedens, der Wohlfahrt und der im Schutze der Gesetzten gesicherten Freiheit eröffnen. Das Vaterland dankt dem Führer und dem ruhmreichen Heere, an dessen Spitze Eure Majestät heute noch auf dem erkämpften Siegesfelde weilt. Unvergessen für immer werden der Nation die Ginge und die Taten ihrer Söhne bleiben. Möge dem Volke bald vergönnt sein, daß der ruhmgekrönte Kaiser der Nation den Frieden wiedergibt. Mächtig und hegreich hat sich das vereinte Deutschland im Kriege bewährt unter seinem höchsten Feldherrn, mächtig und friedliebend wird das geeinigte Deutsche Reich unter seinem Kaiser sein.“

Die Kaiserdeputation übergab am 19. Dezember 1870 durch ihren Präsidenten Eduard Simson diese Adresse dem König Wilhelm in Versailles. Einen Monat später war das herrliche Werk vollendet.

Reichstag.

Berlin, 9. Dezember.

Nach der bereits mitgeteilten Statute des Schatzsekretärs brachte der Kriegsminister v. Heeringen die Heeresvorlage ein, wobei er ausführte:

Eine eingehende Begründung der Militärvorlage ist kaum nötig. Deutschlands geachtete Stellung und sein Einfluß auf Erhaltung des Friedens ruht auf seiner Armee. Verfällt diese, so bleiben die Folgen für den Wettbewerb für Handel und Industrie und die Zukunft des Vaterlandes nicht aus. Ein geschlecht festgelegtes Programm bietet der Heeresverwaltung die Möglichkeit, Verstärkungen von längerer Hand vorzubereiten. Diese Forderung kann aus militärischen und politischen Gründen nicht mehr verschoben werden, seitdem feststeht, daß das Heer für den Krieg- und Mobilmachungsfall nicht mehr so schlagfertig ist und so auch von unseren Nachbarn angesehen wird. Nach Ansicht der Regierung ist dieser Zeitpunkt da. Unsere Hauptwaffe, die Infanterie, kann die Maschinengewehre nicht mehr entbehren. Im Vergleich zu fremden Heeren haben wir davon zu wenig und wir sind dadurch empfindlich geschädigt. Die Maschinengewehrkompanien sollen nur da neu gebildet werden, wo sie aus Gründen der Mobilmachung unbedingt erforderlich sind. Dann müssen unsere Feldbatterien ergänzt und angefüllt der Vermehrung bei unseren westlichen Nachbarn die Räder ausgefüllt werden. Trophäen haben sich unsere Forderungen in engen Grenzen gehalten. Die Infanterie hat wie keine andere Truppe eine Erweiterung ihrer Kriegsaufgaben erfahren. Jedes Korps muß eine Abteilung dieser Truppen erhalten. Ferner brauchen wir Verstärkung der Eisenbahn- und Telegraphenbetriebe und des Automobilkorps, ohne das eine moderne Armee nicht mehr bestehen kann. Eine Verbesserung des Luftschiffwesens, der Verlehrsstrassen und des Trains ist ebenfalls nötig. Die Vorlage befestigt unsere innere Heeresorganisation und befähigt uns, den Feind fernzuhalten, wenn Deutschland ernste Zeiten nicht erpart werden sollten.

Abg. Speck (Centr.): Dieser Etat ist von besonderer Bedeutung, da er der letzte sein wird, der diesen Reichstag beschäftigt. Größten Wert legen wir auf die baldige Verlegung der Privatbeamtenversicherung. Ungerecht ist die Verhebung der Massen gegen die neuen Steuern. Die Finanzreform hat die Finanzen des Reiches auf eine neue sichere Grundlage gestellt. Die Militärvorlage werden wir vorurteilslos in der Kommission prüfen. Wir fürchten nur, daß sie insgeheim den Keim neuer Forderungen in sich trägt. Der Verkauf des Tempelhofer Feldes erscheint uns als reines Geschäft. Der Kolonialetat hat sich schon etwas gebessert. In der Kommission werden wir uns fragen, ob die Verträge mit den Kolonialgesellschaften rechtsgültig sind. Durch die Reichsfinanzreform ist die soziale Gerechtigkeit nicht derart verletzt worden, daß sie Grund zur gegenseitigen Bekämpfung der bürgerlichen Parteien geben sollte, wobei die Sozialdemokraten nur Worte davon hätten. — Kriegsminister v. Heeringen: über den Verkauf des Tempelhofer Feldes werde ich in der Kommission Auskunft geben. — Abg. v. Rittshofen (Kons.) geht auf die Einzelheiten des Etats ein. Unsere heutige Wirtschaftspolitik soll der Reichskasse beibehalten. Er wird dabei das Vertrauen weiter Kreise haben und dem Reich nützen. — Abg. Scheidemann (Soz.) erklärt: Wir wollen keinen Bloß von Bassermann bis Bebel. — Die Weiterberatung wird auf morgen 11 Uhr vertagt. (Vgl. Telegramme.)

Die Kommission für die Wertzuwachssteuer hat heute den Antrag der Steuerpflichtigkeit des Landesherrn mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

Ergebnisse der Volkszählung.

Von der Einwohnerschaft von Groß-Berlin, die, wie gemeldet, auf 3 680 000 geschätzt wird, entfallen auf die Orte von über 50 000 Einwohnern folgende Ziffern: Berlin 2 064 153 (2 040 148), Charlottenburg 304 280 (239 559), Nixdorf 236 378 (153 513), Schöneberg 172 672 (141 010), Wilmersdorf 108 025 (63 568), Spandau 82 000 (70 925), Lichtenberg 81 148 (55 391), Steglitz 63 000 (32 825), Borsigagen-Kummelsburg 51 915 (32 989). In Köln ergab die Volkszählung für das erweiterte Stadtgebiet 511 042, für das bisherige 477 008 gegen

459 019 bzw. 428 722 Seelen im Jahre 1905. Das bedeutet eine Zunahme von 11,3 Proz.

Gelsenkirchen 168 293 (147 005) Einwohner. Für das Königreich Bayern ergab die Volkszählung eine Einwohnerzahl von 6 876 497 gegen 6 524 372 im Jahre 1905.

Die für Ettlingen mitgeteilten Zahlen werden dahin berichtigt, daß bei einer Zunahme von 837 Personen die Einwohnerzahl 9506 beträgt.

Über die Volkszählung in Mannheim berichtet das dortige statistische Amt: Da das endgültige Ergebnis das vorläufige um etwa 1000 Seelen zu übertreffen pflegt, wird die tatsächliche Einwohnerschaft der Stadt am Volkszählungstage auf 194 400 beziffert werden können. Dieses Resultat bleibt aber hinter der Fortschreibung um über 4000 zurück, eine Erscheinung, die auch in einer Reihe anderer Großstädte (so auch in Karlsruhe, D. R.) zu beobachten ist und deren Ursachen noch genauer zu untersuchen sein werden. Gleichwohl steht Mannheim mit einer Zunahme von 14,63 Proz. unter den Großstädten, deren Resultat schon bekannt ist, nahezu an der Spitze und hat drei weitere Städte, nämlich Straßburg, Halle und Altona, seit der letzten Zählung überflügelt. Im vorhergehenden Jahrzehnt 1900/1905 hatte die Stadt um 15,99 Proz. zugenommen, so daß eine, wenn auch nicht gerade bedeutende, Verlangsamung des Wachstums eingetreten ist.

Aus dem Großherzogtum wurden weiter folgende Ziffern gemeldet: Ofterburken 1520 Einwohner (1905: 1421), Hüfingen 1545 (1555), Ottersweier 2677 (2587), Immendingen 1038 (1040), Meersburg 1834 (1894), Rappenaub 1561 (1591), Steinach i. A. 1603 (1476), Haslach i. A. 2600, Reichenau 1478 (1514), Markdorf 2018 (2044), Schutterwald 2759 (2661), Fullendorf 2816 (2781), Lengkirch 1194 (1255), Böhrenbach 1908 (1850).

Kriminalstatistik für 1909.

Das soeben erschienene vierte „Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs“ enthält die Hauptzahlen der deutschen Kriminalstatistik für 1909. Danach hat im letzten Jahre die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze Bestraften eine kleine Abnahme gezeigt, nachdem sie im Jahre 1908 erheblich zugenommen hatte. Es sind nämlich 544 191 Personen verurteilt worden gegen 548 410 i. J. 1908, 530 723 i. J. 1907, 520 536 i. J. 1905 und 468 319 i. J. 1900. Gegenüber dem Jahre 1908 ist also ein Rückgang von 4219 oder 0,8 v. H. erfolgt. In zehn Jahren ist die Zahl der Verurteilten um 75 872 oder 16,5 v. H. gestiegen. Da in derselben Zeit die Gesamtbevölkerung des Reichs sich um 15,6 v. H. vermehrt hat, ist die Zunahme der Kriminalität nicht viel stärker gewesen als die der Bevölkerung. Allerdings müßten zum Vergleich mit den Verurteilten eigentlich nur die über 12 Jahre alten Personen herangezogen werden, aber deren Zunahme ist nicht bekannt.

Die Begnadigung der beiden Bonner Vornissen

der Studenten Graf v. Findenstein und v. Quistorp, war im „Berliner Tageblatt“ in abfälliger Weise besprochen worden. Der Vater des einen der beiden, Graf Findenstein, Mitglied des Reichstags und des preussischen Herrenhauses, sendet jetzt aus Schönberg in Westpreußen dem „Berliner Tageblatt“ ein Schreiben, in dem es heißt:

„Unrichtig ist erstens, daß die Studenten Graf v. Findenstein und v. Quistorp Einjährige waren. Beide haben bisher ihrer militärischen Dienstpflicht nicht genügt. Unrichtig ist zweitens, daß die Betreffenden in die Wohnung des p. Feith eingedrungen sind, ihn überfallen, ihn mit kaltem Wasser begossen und ihn geprügelt haben; es ist vielmehr vor dem Schöffengericht in Bonn zugegen festgestellt, daß der zu 1 Genannte, Graf Findenstein, zunächst längere Zeit nach dem Eindringen der übrigen unten geblieben ist und dann später nur in die Wohnung des p. Feith hineingesehen hat, ohne Feith überhaupt zu sehen, ohne ein Stück von ihm anzurühren und ohne sich in irgendeiner Weise an dem Akt zu beteiligen. Der Genannte zu 2 hat sich bei der ganzen Angelegenheit ebenfalls sehr zurückhaltend verhalten, er ist nur etwas eher hinaufgegangen. Die Bestrafung der beiden ist lediglich erfolgt, weil Gemeinshaftlichkeit mit den anderen Beteiligten insofern angenommen worden ist, als die beiden zusammen mit den übrigen zur Wohnung des p. Feith gefahren sind. Daß überhaupt eine Verurteilung stattgefunden hat, ist um so erstaunlicher, als die übrigen Beschuldigten lediglich standgerichtlich mit drei Tagen Mittelarrest bestraft worden sind.“

Aus Württemberg.

SRK. Stuttgart, 9. Dezember.

Das Wahlabkommen zwischen nationalliberaler Partei und fortschrittlicher Volkspartei, das nach recht langwierigen Verhandlungen zustande gekommen ist, weist recht bedenkliche Lücken auf. Schon die Parteileitungen scheinen über den Ulmer Wahlkreis zu keiner vollen Einigung gekommen zu sein; die Überlassung des Wahlkreises an die Volkspartei wurde ausdrücklich auf den Fall beschränkt, daß der bisherige Abg. Storz wieder kandidiere. Was andernfalls geschehen sollte, darüber hat die Öffentlichkeit bislang nichts Authentisches erfahren. Es ist weiter nicht verwunderlich, daß sich in dieser Rinde des Abkommens sofort die Keime der Zwietracht sammelten, zumal ein Wiederauftreten des Abg. Storz immer unwahrscheinlicher wird und nun auch in volksparteilichen Presseberichten nicht mehr voll aufrechterhalten wird. Der „Eventualkandidat“ der Volkspartei, Rechtsanwalt Fähle, der „schon vor Monaten nominiert worden“ sei, hält schon Wahlveranstaltungen ab. Dies veranlaßte den Wahlkreisaußschuß der nationalliberalen Partei, an den Abg. Storz selbst die direkte Anfrage zu richten, ob er eine Kandidatur wieder annehme. Auf diese Anfrage ist offenbar eine negative Antwort eingelaufen, und so beginnt auch die nationalliberale Partei mit ihren Wahlvorbereitungen. In der Presse des Wahlkreises wird bereits schweres Geschütz aufgeföhren, und es wird nur eine Frage weniger Tage sein, bis der Kampf von Ulm her das ganze Land wieder in Alarm bringt. Die Voraussetzungen hierfür sind reichlich vorhanden: In der nationalliberalen Partei krielt es, denn das Abkommen trägt allzusehr den Stempel der societates leonina an der Stirn. Dafür hat offenbar auch der volksparteiliche Abg. Elsas ein Empfinden, wenn er „tröstend“ versichert: „Es sei nicht wahr, daß die Nationalliberalen über's Ohr gehauen worden seien.“ Ein solches Wort aus diesem Munde ist für den frondierenden Teil der Nationalliberalen kaum überzeugend. Noch weniger ist dies zu erwarten, wenn in dem kleinen Gebiet, das den Nationalliberalen überlassen ist, die Volkspartei keine Miene macht, das Wahlabkommen wirklich zu halten. In Böblingen-Balingen machen führende Kreise der Volkspartei gar kein Hehl daraus, daß es ihnen nicht einfallt, den Nationalliberalen zu wählen. Ob es den Parteileitungen gelingt, diese Revolten rechtzeitig zu dämpfen, ist sehr die Frage.

* Übersicht.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind am Donnerstagabend in Kandy auf Ceylon eingetroffen. Der Transport des Gepäcks verzögerte sich. Heute begibt sich das Kronprinzenpaar wieder nach Colombo.

Bei der Erledigung der elsäß-lothringischen Verfassungsreform im Bundesrat haben sich, nach Berliner Meldungen, im letzten Augenblick unerwartete Schwierigkeiten ergeben, die eine Erledigung vor Weihnachten als ungewiß erscheinen lassen. Es war beabsichtigt, am 12. und 13. Dezember das Gesetz in den Ausschüssen zu beraten und es dann am 15. Dezember ins Plenum zu bringen, was leicht durchzuführen schien, da Abänderungsanträge bisher nicht vorlagen. Jetzt soll Sachsen noch ziemlich weitgehende Abänderungsanträge eingebracht haben, die sich in der Hauptsache auf das beabsichtigte elsäß-lothringische Wahlrecht beziehen.

Das Reichsviehsteuergesetz vom 26. Juni 1909 ist zwar schon vor anderthalb Jahren — am 5. Juli 1909 — im „Reichsgesetzblatt“ amtlich veröffentlicht, aber bis heute noch nicht in Kraft gesetzt worden. Der Zeitpunkt seines Inkrafttretens ist einer kaiserlichen Verordnung unter Zustimmung des Bundesrats vorbehalten. Daß diese kaiserliche Verordnung noch im laufenden Jahre ergehen wird, ist, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ melden, ausgeschlossen; daß sie schon in der ersten Hälfte des nächsten Jahres im Bundesrat wird zur Beratung kommen, ist nicht wahrscheinlich. Die „Berl. Pol. Nachr.“ glauben, daß das Jahr 1912 herankommen wird, ehe das Gesetz im Reich in Kraft treten kann. Die preussischen Ausführungsbestimmungen sind noch weit im Rückstande.

Die vom Reichsjustizamt beabsichtigte Enquete über die Gebühren der Rechtsanwälte, die geplant war als Vorarbeit einer neuen Rechtsanwaltsgebührenordnung, ist als gescheitert zu betrachten, da die Anwaltskammern die Beantwortung der auf dem Fragenbogen gestellten Fragen abgelehnt haben.

Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Rom meldet, hat der Papst beschlossen, für das Jahr 1911 alle Empfänge größerer Gruppen Pilger abzuweisen und einzelne Audienzen auf das Allernotwendigste zu beschränken. Pilgerzüge dürfen deshalb nicht stattfinden. Ein solcher deutscher Gesellen ist schon abgewiesen worden. Begründet wird dieser Beschluß damit, der Papst betrachte das Jahr 1911, für das die Italiener zu großartigen Festlichkeiten zur Erinnerung an den Sturz der weltlichen Macht des Papsttums rüsten, als ein Trauerjahr für die Kirche.

An Stelle des in den Ruhestand tretenden Bürgermeisters von Bremen, Dr. Pauli, ist Senator Dr. Marcus zum Bürgermeister gewählt worden.

Der konservative Abgeordnete v. Oldenburg hat dieser Tage vor der „Freien Studentenschaft“ in Halle über

die Politik der konservativen Partei gesprochen. Nach den Berichten jagte der bekannte Politiker: „An eine Verjöhnung mit den Nationalliberalen sei bei der Erbitterung nicht zu denken. Wir müssen erst durch das rote Meer, durch die nächsten Wahlen und deren Erfahrungen hindurch. Ich halte von der öffentlichen Meinung wenig. Das Hofianah ist immer dem „Kreuzigt ihn“ sehr nahe. Trotz des Ansturmes des Umsturzes haben wir die Hoffnung, daß, wenn der gordische Knoten fertig ist, Gott uns auch den Alexander schicken wird, ihn durchzubauen.“

Nach einem Telegramm aus München erklärte der freisinnige Landtagsabgeordnete Univeritätsprofessor Dr. Siegmund Günther, der frühere Reichstagsabgeordnete für Berlin 5, in einer liberalen Versammlung in München, daß in keinem der 48 bayerischen Reichstagswahlkreise mehr ein Kampf von Liberalen gegen Liberale stattfinden werde.

In Bremen äußerte Abg. Bassermann in einer Rede u. a.: Von der Sozialdemokratie trenne den Liberalismus eine ganze Weltanschauung. Von einem Liebesgeln mit der Sozialdemokratie könne keine Rede sein, denn gerade sie bedrohe den Liberalismus am stärksten. Ein Umsturzgesetz müsse er allerdings ablehnen. In heftigem Kampfe stehe der Liberalismus auch mit dem Zentrum. Eine Sammlungsparole sei hier nicht möglich, da die Wähler einer solchen nicht folgen würden.

Die Zentrumsfraktion hat mit großer Mehrheit beschlossen, den Abgeordneten Dr. Martin Spahn in die Fraktion aufzunehmen. — Die Zentrumsfraktion hat außerdem folgende Erklärung beschlossen: Nachdem der Reichstagsabgeordnete Dr. Spahn über die von ihm vor zwölf Jahren zu dem Grafen Hornsbroch angeknüpften Beziehungen sein Bedauern ausgesprochen hat, nachdem ferner über die beanstandeten literarischen Kundgebungen befriedigende Erklärungen von ihm abgegeben worden sind, betrachtet die Fraktion des Zentrums die Bedenken gegen eine Aufnahme des Professors Dr. Spahn in die Fraktion als aus dem Wege geräumt. — Die Sitzung hatte ca. 4½ Stunden gedauert.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 10. Dezember.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb zum Vortrag und erteilte sodann den nachgenannten Audienz: dem Geheimen Oberfiskusrat D. Jäger in Karlsruhe, den vortragenden Räten im Ministerium des Innern Schäfer und Dr. Baur, dem Landgerichtsdirektor Dr. Dölter sowie den Landgerichtsräten Dr. Ritter und Winkler in Karlsruhe, dem Direktor des Landesgefängnisses Mannheim, Koelblin, dem Baurat Schühly in Karlsruhe, dem Notar Schäfer in Zell a. S., dem Bezirksarzt Dr. Bopp in Soyberg, den Professoren Dr. Behrend und Dr. Altmann an der Handelshochschule in Mannheim, dem Bahnbauinspektor Ganz in Eberbach, dem Jürstlich Jürstbergischen Kanzleirat Schelble in Donaueschingen und dem Oberpostsekretär Nid in Offenburg. Darnach meldete sich der Hauptmann Jodler, Kompaniechef im 4. Badischen Infanterieregiment Prinz Wilhelm Nr. 112.

Nachmittags und abends folgten die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherr von Babo und Dr. von Nicolai.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, dem Metzgermeister Stephan Gartner, der Magnus Heller Witwe, Inhaberin eines Zigarngeschäfts, dem Kaufmann Karl Schaller, Inhaber einer Leegroßhandlung, und dem Konditor Otto Schwarz, sämtliche in Karlsruhe, das Prädikat „Hoflieferant“ zu verleihen.

** Notstandsarbeiten für Rebauern. Die Großherzogliche Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues hat die ihr unterstellten Rheinbau- und Wasser- und Straßenbauinspektionen angewiesen, bei Vergebung der im kommenden Winter vorzunehmenden Arbeiten die Einwohner der Reborte vorzugsweise zu berücksichtigen.

Seit einiger Zeit ist Weinbaulehrer Dümmler auf Augustenberg (bei Durlach) in den Gemeinden des Kaiserstuhles tätig, um die gemeinsame Bekämpfung des Heu- und Sauerwurmes, insbesondere das Abjuchen der Puppen, zu organisieren.

oc. Ein Abschlag der Fleischpreise ist nunmehr auch in Vörsach, Ettlingen und Ettenheim eingetreten. Die Billinger Metzgermeister haben um die Erlaubnis zur Einfuhr französischen Schlachtwiehs nachgesucht. — Dem Antrag des Stadtrats von Forzheim auf Gewährung der Einfuhr französischen Schlachtwiehs konnte wegen der mangelhaften Einrichtungen des Forzheimer Schlachthofes (insbesondere der Stallungen) nicht entsprochen werden.

Die Landwirtschaftskammer teilte dem Stadtrat mit, daß der Vorstand der Kammer die verfußweise Einrichtung einer eigenen Viehverkaufsmittlung an einigen Schlachtwiehmärkten des Landes beschlossen habe. Der Beschluß werde der demnächst zusammentretenden Versammlung der Kammermitglieder zur Genehmigung der erforderlichen Mittel vorgelegt

werden. In einem Artikel der Korrespondenz der Landwirtschaftskammer erwidert die Kammer auf die letzten Auslassungen der Schlacht- und Viehhofdirektion Karlsruhe und hält ihre ersten Feststellungen aufrecht.

Aus der Residenz.

K. (Großherzogliches Hoftheater.) Hanns v. Gumppenberg, der bekannte Münchner Dichter und scharfe Kritiker, der in seinem vielseitigen Schrifttum alle Seiten des Empfindens und Denkens, von überwältigender Komik („Teutsches Dichterros“, „Überdramen“, „Eif Scharfrichter“) bis zu lyrischen Gefühlen („Lyrisches Tagebuch“) und tief ernsthaften geschichtlichen und philosophischen Gedankengängen („Heinrich I.“, „Konrad I.“, „Die Verdammten“, „Messias“) anzuschlagen weiß, ist gestern hier mit seinem einaktigen Lustspiel „Münchhausens Antwort“ zum erstenmal auf unserer Hofbühne erschienen. Es ist eine sehr fein gestimmte dramatische Skizze; bei aller echt lustspielmäßigen Komik geben doch Intrige, Streberei und Kriedertum, wie alte Liebe, die nicht rostet, und stolze Resignation der spannenen kleinen Komödie die sehr ernsthaften Untertöne. Der Gumppenbergische Münchhausen hat nur leichte Anklänge an den Lügenbaron des Volksmundes; er ist im Grunde ein sehr ernsthafter Mann, der die Schwächen und Torheiten seiner Zeit erkennt und in seinen wunderlichen Erzählungen verspottet. Die Tafelrunde, der er seine Geschichten vorträgt, hat sich wieder einmal in Münchhausens Schloß versammelt. Die boshaften Freunde, darunter der ränkefüchtige Minister und der streberische Graf Cramm, den diesmal auch die von Münchhausen heiß geliebte Gräfin begleitet hat, wollen ihren Gastgeber verhöhnen, indem sie ihm die Bette vorschlagen, daß er die Wahrheit seiner Geschichten nicht beweisen könne. „Münchhausens Antwort“ ist die genaue Erzählung des soeben vom Minister vorgeführten, höchst blamablen Liebeswerbens, das sich von der Gräfin bis zur Stallmagd erstreckt. Münchhausen gewinnt die Bette und weist zum Schluß die Avancen der Gräfin, die ihn auch noch liebt, aber wegen der Connectionen den Grafen geheiratet hat, stolz zurück. — Mag Herr Herz auch in seinem Münchhausen das lyrische Moment bei seiner kraftvoll männlichen Darstellung etwas vernachlässigt haben, mag Frau Ermarth als Gräfin auch zu anmutig weiblich, statt berechnend überlegen gewesen sein, mag den Darstellern der Herren der Tafelrunde auch ein etwas zu lautes, ungeniertes Auftreten nachzusagen sein — im allgemeinen war es doch eine sehr wirksame Aufführung, die die künstlerischen Werte des kleinen Werkes wohl erkennen ließ. Das Publikum bereitete dem Stück eine sehr warme Aufnahme und spendete besonders lebhaften Beifall als auch der anwesende Autor, den wiederholten Hervorrufen folgend, vor dem Vorhang erschien. — Den zweiten Teil des Abends bildete die Aufführung des von Julda sehr geschickt bearbeiteten alten Lustspiels von Goldini „Mirandolina“, das die heitere Geschichte vom bezähmten Widerpenitigen mit guter Charakterzeichnung sehr ansprechend behandelt. Besonders verdient machten sich Jrl. Noorman in der Titelrolle sowie die Herren Wassermann als entzückend komischer Marache und Herr Baumdach als zu bezähmender widerpenitlicher Ritter. Durch lautes Lachen quittierte das Publikum dankbar für die frohliche Anregung.

Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: In der morgen, Sonntag den 11. Dezember, stattfindenden Aufführung des „Aheingold“, womit die geschlossene Vorführung des „Rings des Nibelungen“ eingeleitet wird, tritt Herr Rancho Kochen, welcher hier durch die Darstellung der Partie des Dietrich im „Wanadietrich“ bekannt geworden ist und nun zur Aushilfe im Fache des lyrischen Tenors verpflichtet wurde, zum erstenmal als „Froh“ auf. Herr Koba, der bisherige Darsteller des Alberich, und Herr Schüller, der bisherige Beleg, haben ihre Partien gegenseitig vertauscht; die übrige Besetzung entspricht der letzten Aufführung im Februar d. J. — Die „Walfüre“ geht am Dienstag den 13. Dezember in Szene. In den beiden letzten Tagen des Bühnenfestspiels, „Siegfried“ (Freitag den 16.) und „Götterdämmerung“ (Sonntag den 18.), tritt Frau Käthe-Endorf vom Stadttheater in Leipzig als Brünnhilde auf, womit einem bei den Götterfesten der Künstlerin als Höhepunkt in verflochtenen Sommer vielfach rege gewordenen Wunsch Rechnung getragen wird. Das Schauspiel, welches mit der Einstudierung des neuen Weihnachtsmärchens „Freulieb und Wunderhold“ beschäftigt ist, wird am Mittwoch den 14. Hebbels „Maria Magdalena“ und am Donnerstag den 15. die beiden neuen Lustspiele „Münchhausens Antwort“ und „Mirandolina“ zum erstenmal wiederholen. Die erste Aufführung des Märchens findet am Samstag den 17. abends 5 Uhr bei ermäßigten Preisen statt. — Als nächste Neuheiten sind zwecks Aufführung in der Woche nach Weihnachten in Vorbereitung das Schauspiel „Herr und Diener“ von Julda und die musikalischen Einakter „Brüderlein fein“ von Fall und „Sammens Geheimnis“ von Wolf-Ferrari.

(Mitteilungen aus der Stadtratsführung vom 8. Dezember.) Der Stadtrat beschließt, aus Anlaß der Wiederkehr der württembergischen Gedenktage von 1870/71 die Denkmäler Kaiser Wilhelm I. und des Prinzen Wilhelm von Baden, das Bismarckdenkmal, das Kriegedenkmal und die Kriegergäber auf dem alten Friedhofe auf den 18. Dezember d. J. (Gedenktag der Schlacht bei Auitz) mit Kränzen zu schmücken. — Der Stadtrat schließt sich den an das Großherzogliche Ministerium gerichteten Vorschlägen des Verbandes badischer Arbeitsnachweise für den Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises im Großherzogtum an. — Nach Zeitungsberichten soll dem Einsetzen der Fleischpreise auch ein Abschlag der Brotpreise dahier gefolgt sein. In einem Falle wurden auch die neuen Preise genannt. Wie das Statistische Amt aber festgestellt hat, sind diese Preise keine anderen, als die seit 25. Mai d. J. von der Bäderinnung bekannt gegebenen. Es kann also von einem Abschlag nicht gesprochen werden. — Einem Gesuche um Genehmigung der Aufstellung von Automaten zum Verlaufe von Reichspostmarken und -karten dahier wird die Zustimmung verweigert. — Für den Badverein wird im Entwurfe des nächstjährigen Gemeindevoranschlags ein Beitrag von 1000 M. mit der Bedingung vorgeseher, daß der Verein Minderbemittelten,

insbesondere auch Schülern, Freizeitmäßigungen beim Besuche seiner Konzertaufführungen gewährt.

(Bei der städtischen Sparkasse) wurden im Monat November d. J. eingelegt 5587 Pf. mit einer Gesamtsumme von 833 685 M. 50 Pf., zurückgezogen 3942 Pf. mit einer Gesamtsumme von 668 457 M. 98 Pf. Einleger gingen neu zu 541, ab 380.

Badische Chronik.

Freiburg, 9. Dez. Am 7. und 8. Dezember fand hier die Landesversammlung der kirchlich-liberalen Vereinigung statt. Nachdem der Vorabend den Vortrag des Basler Pfarrers Lic. Lichtenhahn über „Der religiöse Ertrag der Debatte über die Geschichtlichkeit Jesu“ gebracht hatte (in der Diskussion sprachen u. a. die Herren Pfarrer Jäger und Hesselbacher), wurden die geschäftlichen Verhandlungen am Donnerstag früh zunächst durch eine Andacht in der Pauluskirche eingeleitet. Die Beratungen im kleinen Saal des Gemeindehauses eröffnete der Vorsitzende der Vereinigung, Oberrealschuldirektor Wittmann von Heidelberg. Auf die jüngst erschienene Broschüre „Kirchlicher Liberalismus von heute“ antwortete die Landesversammlung mit einer einmütigen Resolution, in der sie diese gegen den badischen kirchlichen Liberalismus gerichteten Angriffe „sowohl im Interesse des Ansehens unserer Kirche nach außen, als des Friedens im Innern bedauert und die Verantwortung für den Inhalt der Schrift ihren Verfassern und denen, die etwa hinter ihnen stehen, überlassen mußte“. Die Hauptforderung galt der notwendigen Ausgestaltung und Vergrößerung des kirchlich-liberalen Organs. Es wird vermutlich vom 1. Januar 1911 an als Wochenblatt unter neuem Titel und in größerem Umfang erscheinen, in Verbindung mit den bestehenden Gesinnungsgenossen. Darauf stützte ein kurzes Referat von Stadtpfarrer Rohde-Karlsruhe eine besondere Arbeit für die kirchlich-liberalen, „Die dringendsten Aufgaben der Großstadtkirche“. Eine Kommission zur genaueren Formulierung des zu Erreichenden wurde eingesetzt. Eine Sitzung der neuen Redaktionskommission beschloß die Tagung.

** Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche in Süddeutschland (Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen, Hessen, Hohenzollern und Württemberg) am 30. November 1910.

Baden. Kreis Freiburg, Amtsbezirk Freiburg 1 Gemeinde, 3 Gehöfte. — Kreis Karlsruhe, Amtsbezirk Forzheim 3, 6. — Kreis Mannheim, Amtsbezirk Heidelberg 2, 4.

Bayern. Regierungsbezirk Oberbayern, Amtsbezirk: Ebersberg 1, 2; Freising Stadt 1, 9; Niesbach 1, 1; München Stadt 1, 4; Weilheim 1, 14. — Regierungsbezirk Niederbayern, Amtsbezirk Griesbach 2, 3. — Regierungsbezirk Pfalz, Amtsbezirk: Berggaden 6, 68; Frankenthal 2, 4; Germerheim 4, 9; Kaiserslautern 3, 4; Landau 10, 45; Neustadt a. H. 4, 5; Rirmosens 2, 10; Rodenhäusen 1, 1. — Regierungsbezirk Oberfranken, Amtsbezirk: Bamberg Stadt 1, 10; Bamberg II 3, 8; Forchheim 1, 1; Hof 2, 29; Kronach 12, 81; Staffelstein 3, 37; Teuschnitz 1, 29; Wunsiedel 6, 20. — Regierungsbezirk Mittelfranken, Amtsbezirk: Fürth 1, 1; Nürnberg Stadt 1, 10; Schwabach 3, 5; Weißenburg i. V. 1, 3. — Regierungsbezirk Unterfranken, Amtsbezirk: Rittingen 1, 1. Elsaß-Lothringen. Kreis Unterelsaß, Amtsbezirk Straßburg 1, 1. — Kreis Oberelsaß, Amtsbezirk: Mülhausen 2, 2; Thann 1, 1.

Hessen. Provinz Starkenburg, Amtsbezirk Groß-Oderau 1, 15.

Württemberg. Neckarkreis, Oberämter: Leonberg 1, 8; Marbach 1, 6; Maulbronn 1, 2.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Die Stichwahl in Labiau-Wehlau.

Labiau, 9. Dez. Nach vorläufiger amtlicher Feststellung wurden bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Labiau-Wehlau in der Stichwahl insgesamt 17 067 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Bürgermeister Wagner (fortsch. Vp.) 9844 und auf Landrat a. D. Burckhardt (kons.) 7223 Stimmen. Wagner ist gewählt. — Im ersten Wahlgang hatten erhalten Landrat a. D. Burckhardt (kons.) 7217 Stimmen, Wagner (fortsch. Vp.) 5517 und Parteisekretär Linde (Soz.) 3708 Stimmen.

Berlin, 9. Dez. (Reichstag). Die Beratung des Etats wird fortgesetzt. Als erster Redner ergreift der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg das Wort:

Der Zusammenhang zwischen Finanzreform und Etat liegt auf der Hand. Bei der Einbringung der Steuerentwürfe handelte es sich nicht um diese oder jene Art der Steuer, sondern um die Interessen der Nation, da es mit der bisherigen Finanzwirtschaft nicht weiterging. (Sehr richtig!) bei der Mehrheit. (Lautlos links.) Fürst Bülow hatte auch aus der Ablehnung der Erbschaftsteuer nicht die Konsequenz gezogen, den Reichstag aufzulösen, sondern der Notwendigkeit eines sofortigen Zustandekommens der Finanzreform seine eigene Person untergeordnet. Der Etat ist die stärkste und bündigste Rechtfertigung des Entschlusses der verbündeten Regierungen, die Reichsfinanzreform ungeachtet einzelner Bedenken anzunehmen. — Der Reichskanzler betonte sodann die Notwendigkeit einer intakten Aufrechterhaltung eines starken und schlagfertigen Heeres und des gesetzmäßigen Ausbaues der Flotte. Beides siehe erfruchteterweise im Programm aller Parteien, soweit sie nicht auf dem Boden prinzipieller Negation ständen, und wuzgele tief in dem Empfinden der ganzen Nation, weil nur auf diesem Boden die Politik ruhiger Entschlossenheit möglich sei, die das Volk wünsche. In das Gebiet der Fabel gehöre alles, was von Krisen und Konflikten zwischen der Armee und der Heeresverwaltung einerseits und der Reichsfinanzverwaltung andererseits erzählt wurde. Die Anwesenheit der Herren von Tirpitz und von Scrivering sei ein ausreichender Beweis dafür, daß das jenen anvertraute nationale Gut nicht vernünftigerweise der Reichskanzler dankte, sondern die Parteien für die gemeinsame Förderung des Werkes der Reichsverfassungsordnung und sprach die Hoffnung aus, daß das gegenwärtige Werk noch in dieser Session vollendet werden möge. Hoffentlich werde auch die reichsländische Verfassungsfrage und das Gesetz betr. die Staatsangehörigkeit noch in dieser Session zur Erledigung kommen. Was die Wirtschaftspolitik anbelange, so werde er an den bewährten Grundlagen mit allem Nachdruck festhalten, auch im Hinblick auf die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit Schweden und Japan behufs Abschlusses eines Handelsvertrages. Wie auch die Reichstagswahlen ausfallen mögen, eine Witterdämmerung werde auch dann nicht anbrechen; die Nation werde in ihrer überwiegenden Mehrheit an den Reichstag die Frage richten, ob er die

Wehrmacht, die staatliche Ordnung und die bewährten Grundlagen des Wirtschaftslebens beibehalten und schützen wolle, und es werde sich dann herausstellen, ob es klug war, daß diejenigen Parteien, die trotz der Verschiedenheit ihrer Parteiansichten in den Grundfragen der Nation denselben Ziele anstrebten, sich jetzt so bitter befehdet haben. Der Reichskanzler kann sich nicht mit irgend einer Partei oder einer Parteikonstellation identifizieren. Er müsse es ablehnen, sich für eine bestimmte Partei festzulegen. Der Reichskanzler diene auch nicht dem Parlament: er führe die Politik, die nach seiner sachlichen Überzeugung dem Wohle des Vaterlandes dienen müsse, so lange er dazu die Zustimmung des Reiches und der verbündeten Regierungen finde. Auf dieser Grundlage suche der Reichskanzler zu einer Verständigung mit dem Reichstag zu gelangen. Der Reichskanzler geht sodann auf sein Verhältnis zur Sozialdemokratie über: Bei Gelegenheit der Reichstagsinterpellation von Albrecht und Gen. legte der Abgeordnete von Heydebrand die Gefährlichkeit der revolutionären Antriebe dar und verlangte Gegenmaßnahmen. Der Reichskanzler stellt sich nicht auf den Standpunkt, daß die Parteien, die den gegenwärtigen Zustand für lächerlich und ungenügend erachten, nun auch sofort Gesetzesvorschläge machen. Das zu tun, sei vielmehr die Pflicht der Regierung. Er könne nicht im Lande den Eindruck aufkommen lassen, als bedürfe die Regierung eines besonderen Ansporns, um für den Schluß der staatlichen Ordnung zu sorgen. Die mit der Reform unseres Strafrechtbuches betraute Kommission ist zu der Überzeugung gekommen, daß das geltende Recht im Kampfe gegen die Tätigkeit fanatischer Deber, gegen Aufwiegelung und gegen die Verberlichung begangener Verbrechen nicht ausreicht und bei der Weiterarbeit geprüft werden müsse, inwieweit die persönliche Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht durch das Strafrechtbuch nachdrücklicher geschützt werden kann als bisher. Ich glaube nicht, daß die Sozialdemokratie revolutionärer geworden ist, aber der revolutionäre Ausdruck tritt mit brutaler Deutlichkeit hervor. Der Abg. Baffermann hat ihr kürzlich den Rat gegeben, sich offen und ehrlich zur Monarchie zu bekennen. Sie (zu den Sozialdemokraten) werden diesen Rat ablehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen, ich habe recht! (Lebhafte Zustimmung und Seufzert.) Es ist notwendig, daß unser Volk über die Ansichten und Absichten der Sozialdemokratie klipp und klar Bescheid weiß. In Magdeburg ist die Selbstbestimmung der Massen verkündet worden. Diese Massen werden von Jugend auf gelehrt, daß alle Einrichtungen des Staates der Anechtung und Entwürdigung dienen. Wenn gepredigt wird, daß nur in der Verkürzung das Heil liege, so trägt dies die Schuld daran, wenn die Massen die Konsequenzen daraus ziehen. Somit ist die Sozialdemokratie mitverantwortlich für die Ergebe in Moabit. Wer Wind sät, erntet Sturm! Der Rufus der Sozialdemokratie gilt der Macht der brutalen Jahl. Dadurch wird in den Massen ein Dunkel großgezogen, der sich in den schlechten Elementen in wilde Auflehnung umsetzt. Das ist sich in Moabit um einen wohlüberlegten Propagationsplan der Polizei gehandelt habe, ist eine willkürliche, unerwiesene und unfähige Behauptung. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten. Zustimmung rechts und in der Mitte.) Ich möchte öffentlich aussprechen, daß die Polizei in Moabit ihre Pflicht getan hat. (Zuruf des Abg. Ledebour: Standhafte Bezeichnung eines schwebenden Prozesses! Stürmische Rufe der Mehrheit: Ruhe! Ruhe!) Dinter der Propagationsstunde will die Sozialdemokratie nur ihre moralische Mitschuld verdecken. Es wird ihr nicht gelingen, aber sie wird neue Ausschreitungen zur Folge haben. Die Stimmung, die in Moabit losgebrochen ist, ist das Werk der Sozialdemokratie. Die Frage, ob das gemeine Recht bei furchtloser Anwendung ausreicht zur Bekämpfung der in ihren Zielen geschwindigen Nachpolitik der Sozialdemokratie, ist schon von dem Fürsten Bülow bejaht worden. Derselben Ansicht bin auch ich. Vorschläge zu Ausnahmengesetzen gegen die Sozialdemokratie mache ich nicht. Was die Sozialdemokratie höchstens erreichen kann, ist, daß viele Menschen in den byzantinisch umwundenen Massen ins Unglück kommen. Ihre politischen Endziele und wirtschaftlichen Utopien lehnt das deutsche Volk in seinem Herzen ab. (Lebhafte Zustimmung bei allen bürgerlichen Parteien.) Die Politik der sozialen Fürsorge hat mit der Sozialdemokratie nicht das Mindeste zu tun. Die Energie in der Wiederherstellung der Widerstandskraft wird wachsend mit der Widerstandskraft selbst. Der Reichskanzler richtete zum Schluß den Appell an alle bürgerlichen Parteien, in gemeinsamer Arbeit zu erhalten, was in gemeinsamer Arbeit geschaffen worden ist. (Lebhafte wiederholte Beifall.)

Nachdem hierauf der Abg. Baffermann gesprochen hatte, beantwortete der Reichskanzler einige Fragen über die auswärtige Politik. Der Reichskanzler dankte zunächst den Staatsmännern der verbündeten Reiche für die warmen Worte, die sie in ihren Parlamenten über die gegenseitigen Beziehungen gesprochen haben. Er schloß sich fernerfalls diesen Erklärungen gerne an. Das Vorgehen eines französischen Schiffes nach Agadir habe bisher keine amtliche Aufklärung gefunden. Wir werden unsere Rechte und die Interessen der deutschen Untertanen mit Nachdruck schützen. Das Zustandekommen der türkischen Anleihe durch ein deutsch-österreichisch-ungarisches Konfinkium hat die Regierung mit ihrer Sympathie begleitet aus der politischen Erwägung heraus, daß Deutschland durch ein Entgegenkommen gegenüber den finanziellen Bedürfnissen der Türkei gleichzeitig seinen Verbindungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und des Status quo einen wesentlichen Dienst leistet. Der Reichskanzler ging dann auf die deutsch-englischen Beziehungen ein, sowie auf die angebliebenen Verhandlungen wegen Beschränkung der Seerüstungen. Er führte aus, Deutschland begaube sich mit England in dem Wunsch, der Rivalität in bezug auf die Rüstungen entgegenzuarbeiten. Auch er betrachte eine offene vertrauensvolle Aussprache und eine darauf folgende Verständigung über die gegenseitig vorhandenen wirtschaftlichen Interessen beider Länder als das sicherste Mittel zur Befestigung jeglichen Mißtrauens. Der Reichskanzler ging hierauf zu der Entree des Kaisers mit dem Kaiser von Rußland über, die einen befriedigenden und harmonischen Verlauf genommen habe. Die deutsche und die russische Regierung werden sich in keinerlei Kombinationen einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben würden. In Persien müssen wir wünschen, daß unser Handel nicht gestört wird und sich weiter entwickelt. Rußland habe den gleichen Wunsch für seinen Handel und außerdem besondere Wünsche bezüglich der Sicherung des persischen Gebietes, das an Rußland grenzt. Desgleichen gebe ich gern zu, daß Rußland hier einen besonderen Einfluß haben muß. Die Unterredungen während der Potsdamer Entree haben da und dort scheinbare Mißverständnisse beseitigt und das alte vertrauensvolle Verhältnis zwischen Rußland und uns hergestellt. (Beifall.)

Saupark bei Springe, 10. Dez. Der Kaiser und die Jagdgäste sind gestern mittag auf der Station Kaiserpfalz bei Springe eingetroffen. In Automobilen fuhr die Jagdgemeinschaft in das nahegelegene Jagdschloß. In dem ersten Automobil saß der Kaiser und der Erzherzog Franz Ferdinand von Osterreich-Este, im zweiten Prinz Eitel Friedrich, Erzherzog Friedrich von Osterreich und

Fürst Georg von Schaumburg-Lippe, im dritten der Reichskanzler und der Fürst zu Fürstenberg. Das erste Jagden im neuen Jagdrevier bei Grüninghausen fand am Nachmittag statt. Um 8 Uhr fand im Schloß Abendtafel statt, an der aus Hannover Oberpräsident Dr. von Wenkel und der kommandierende General des 10. Armeekorps, General der Infanterie Emmich, teilnahmen. Der Reichskanzler lehrte gestern abend nach Berlin zurück.

London, 9. Dez. Bis 1/2 Uhr mittags waren gewählt 170 Liberale, 218 Unionisten, 30 Vertreter der Arbeiter, 52 Anhänger Redmonds und 5 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewinnen 16, die Unionisten 21, die Arbeiterpartei 4 Sitze. Premierminister Asquith wurde in East Jifre mit 5149 Stimmen gegen Sprott, auf den 3250 Stimmen entfielen, gewählt.

Konstantinopel, 9. Dez. Der „Osmanische Lloyd“ meldet aus Haifa, daß einer der flüchtigen Mörder des Deutschen Unger verhaftet worden ist.

Konstantinopel, 9. Dez. Die Deputiertenkammer hat dem Kabinett das Vertrauen ausgesprochen.

Konstantinopel, 9. Dez. Nach einer Meldung des „Osmanischen Lloyd“ haben die Beduinenstämme in Keraf die Christen östlich des Toten Meeres angegriffen, die Besatzung niedergemacht und über 100 Christen abgeschlachtet. Ferner sei die Station Kastrane an der Seilbahn von Beduinen ebenfalls zerstört worden; auch Beamte und ihre Familien sollen niedergemacht worden sein. Der „Idam“ gibt die Zahl der in Keraf Angebrachten auf 40 an. In die bedrohte Gegend wurden Truppen abgedandt.

Peking, 9. Dez. China erkannte die Republik Portugal an und beauftragte seinen Gesandten in Madrid, der China auch gleichzeitig in Lissabon vertritt, unermüdet Verhandlungen über die Grenzregulierung für Makao einzuleiten.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 10. Dezember 1910.

Die Luftdruckverteilung ist im wesentlichen die gleiche wie gestern. Während hoher Druck, wie bisher das Innere Rußlands bedeckt, befindet sich im Südwesten von Irland eine tiefe weit nach Osten hin ausgebreitete Depression. Unter ihrer Einwirkung ist das Wetter in Deutschland trüb, ziemlich mild, doch sind nur stellenweise geringe Niederschläge gefallen; bei uns war infolge vorübergehenden Aufklarens am Morgen leichter Frost eingetreten. Da das Ortsbarometer fällt, so macht die Depression einen neuen Vorstoß in das Binnenland herein; es ist deshalb meist trübes und mildes Wetter mit Regenfällen zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 10. Dezember, früh.

Lugano bedeckt 6 Grad, Perpignan heiter 6 Grad, Nizza bedeckt 9 Grad, Triest bedeckt 13 Grad, Florenz Regen 10 Grad, Rom-Schwittler 12 Grad, Cagliari wolkenlos 9 Grad, Horta (Azoren) heiter 14 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in m/s	Wind. in Grad.	Wind. in Grad.	Witterung
9. Nachts 9 ^u II.	740.5	-4.2	5.9	96	Still	heiter
10. Morgs. 7 ^u II.	738.2	4.0	4.0	91	WS	wolkig
10. Mittags. 2 ^u II.	737.3	2.5	5.1	93	Still	Rebel

Höchste Temperatur am 9. Dezember: 8.3; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.4. Niederschlagsmenge, gemessen am 10. Dezember, 7^u früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 10. Dezember, früh: Schußwein 1.82 m, gestiegen 2 cm; Mehl 2.59 m, gefallen 3 cm; Maxau 4.29 m, gefallen 8 cm; Mannheim 3.97 m, gefallen 11 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Buchdruckerei in Karlsruhe.

Bei Übermüdung

infolge von beruflichen Anstrengungen nehme man Scotts Emulsion, die sich zur Wiederaufrichtung der gestunkenen Nervenkräfte in vorzüglicher Weise eignet.

Dresden, Rathshausstr. 29 III, 30. Dez. 1909. „Die mir überhandte Flasche Scotts Emulsion habe ich für mich selbst verbraucht, und schon nach einer halben Flasche wurde ich wieder frisch, die Müdigkeit ließ nach, ich bekam ein besseres Aussehen. Nach Verbrauch von 4 Flaschen Scotts Emulsion war ich wieder völlig in der Reihe, so daß ich meinem schweren Berufe wieder nachgehen konnte. Ihr Präparat habe ich vielfach empfohlen, und überall wurde mir gern der Erfolg bestätigt.“

N. 281.32.1 (gez.) Schwester Elise.

Wer bei Entkräftung, Abgespanntheit oder Erschöpfung zur Unterstützung der Ernährung eines Stärkungsmittels bedarf, greife zu Scotts Emulsion, denn diese enthält in vollkommen leicht verdaulicher und bekömmlicher Form wertvolle, kräftigende Bestandteile. Verlangen Sie aber ausdrücklich Scotts Emulsion und lassen Sie sich keine der vielen Nachahmungen aufdrängen, die dem Originalpräparat auch nicht entfernt gleichkommen.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich in großen verpackt, und zwar in 1/2 Liter nach Gewicht oder Maß, sondern nur in verpackten Originalflaschen in Kartons mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Fisch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinster Medizinal-Eiweißtrank 150,0, prima Ölgerin 50,0, unterphosphorigsaures Kalk 4,0, unterphosphorigsaures Natrium 2,0, pulv. Tragant 3,0, feinstes arab. Gummi pulv. 2,0, destill. Wasser 100,0, Alkohol 10,0. Hierzu aromatisches Emulsion mit Bitter-, Mandel- und Vanilleextrakt je 2 Tropfen.

En gros, en détail

Versandn. auswärts

Als Spezialgeschäft beste Bezugsquelle für Verlobte in soliden sächsischen und Schweizer Wäschstickereien, Klöppelspitzen, Milieux, Decken, Häkelarbeiten usw. Oscar Beier, Karlsruhe (Baden), Kaiserstr. 174.

Gegründet 1877 Mitgl. d. Rabattsparv

Todes-Anzeige.

Heute nacht um 11 Uhr entschlief sanft und wohl vorbereitet unser lieber guter Gatte und Vater

Josef Kreutz

Domänenrät a. D.

im Alter von nahezu 88 Jahren.

Karlsruhe (Kriegstr. 52^{III}), den 10. Dezember 1910.

NR. 937

Henriette Kreutz geb. Gleichmann,
Anna Kreutz,
Josef Kreutz, Finanzamtman in Lahr.

Blumenspenden werden im Sinne des Verstorbenen dankend abgelehnt.
Die Beerdigung findet statt am Montag den 12. Dezember, nachm, 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus.

AUGUST SAUERWEIN

erstes und ältestes

Pelzwaren-Spezialgeschäft

KARLSRUHE i. B.

Kaiserstraße 170

(zwischen Hauptpost und Kaiserdenkmal)

Telephon 1528

empfehlte in großer Auswahl

alle Neuheiten der Pelzmode von billiger bis zur feinsten Qualität

große Auswahl in Pelz-Jacketts u. Pelz-Röcken für Herren

Anfertigung von Pelz-Jacketts für Damen, sowie Pelz-Mäntel für Herren und Damen nach Maß in feinsten Ausführung. NR. 114

Pelz-Vorlagen und -Decken

Anfertigung aller Sonderbestellungen.

Auswahlsendungen auch nach auswärts bereitwilligst.

W. GASTEL

Großh. Hoflieferant
Ritterstr. 8 :: Telephon 1567

Besichtigung ohne jeden Kaufzwang gestattet und erbeten.

Ausstattungshaus für feine Inneneinrichtungen

Sehenswerte

Weihnachts-Ausstellung

Sämtliche

Erzeugnisse der Möbelbranche
Kleinformel jeder Art

NR. 896

Großh. Kunstgewerbemuseum Karlsruhe.
Sonderausstellung.

Gemälde, Zeichnungen und Radierungen des Malers und Radierers **Hermann Braun**; ferner Architekturbilder von Gewerbelehrer **Wurzel-Hornberg**, desgleichen Aquarellstücken von **Ludwig Morr**, Karlsruhe; kunstgewerbliche Arbeiten von **Gertha Saer** Zürich, **Hildur Hess** und **Maier Alfred Kusche**, Karlsruhe. NR. 933

Die Ausstellung ist (mit Ausnahme von Montag und Samstag) täglich geöffnet von 10-1 und 2-4 Uhr, Sonntags 11-1 und 2-4 Uhr.
Eintritt frei.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe 24

Zur Geschichte der Badischen Fischerzünfte

Von Dr. Hans Stromeyer

(Heidelberger Volkswirtschaftl. Abhandlungen, I. Band, 3. Heft)
Preis im Abonnement M 2.40, im Einzelverkauf M 3.—

Das Buch behandelt die Blüte und den Niedergang des Fischereigewerbes am Oberrhein und bietet einen interessanten Ausschnitt aus dem Kultur-, Sitten- und Wirtschaftsleben unseres Volkes. V.45

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag



Erfreuen

konnte man während des Jahres

Groß u. Klein

mit einem

Dahend-

Billettheftchen

Auf kommende Festtage werden ebenfalls solche Billettheftchen jedermann willkommen sein. Zu haben in Hülle und Fülle an der Kasse des NR. 912

Residenz-Theaters, Waldstraße 30.

Junge **Bratgänse**, Oasermaß, saub. ger. fette, 8-12 Pf., à 60 Pf. versendet gegen Nachnahme **Hrl. J. Frischmuth, Gr. Friedrichsdorf, Gr. Friedrichsdorf.** NR. 928

Jagd-Verpachtung.

Großh. Forstamt Säckingen verpachtet am Dienstag den 27. Dezember d. J., vormittags 9 1/2 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer in Säckingen den domänenartigen Jagdbezirk „**Thimoshof**“ auf den Gemarkungen Ober- und Niederhof mit einer Fläche von 140 ha — darunter 82 ha Wald und 58 ha Wiesen und Feld — auf 6 Jahre. Die Pachtbedingungen können beim Forstamt eingesehen werden. NR. 914.2.1



HOFJUWELIER

Ludwig Bertsch

KARLSRUHE

Kaiserstraße 165 — Telephon 1478

Brillantringe

Feine Juwelen

Gediegene

Gold- und Silberwaren

Eigene Werkstätte. NR. 671

Auszeichnungen:

Chicago 1893 — Straßburg 1895

Paris 1900.

Hervorragendes Lager

in silbernen, sowie in starkversilberten Jardinieren, Tafelaufsätzen, Brotkörben, Konfektkörben, Salat- und Kompottschalen, Saucieren, Zuckerkörben, Teedosen, Wasserkesseln, Kaffee- und Teeservicen, Servierplatten, Tafelleuchtern, Weinkaraffen, Blumenvasen etc. in allen Preislagen. Große Auswahl feinsten Kristalle mit Silberbeschlag.

Sonntags vor Weihnachten bis 7 Uhr geöffnet.

Großherzoglich Badischer u. Königlich Schwedischer Hoflieferant

FRIEDRICH BLOS

NR. 340.2.1 F. Wolff & Sohns Détail-Parfümerie

Kaiserstrasse 104, Herrenstraße-Ecke Fernsprecher 203

Moderne Schmuck-Gegenstände, Fächer jeder Art, Luxus-, Galanterie-, Reise-, Leder-, Bronze-, Haushalt-Artikel, Toilette-Artikel, Parfümerien, Toilette-Seifen.

Weihnachts-Ausstellung

Blusen Kostümröcke Unterröcke Schürzen	Elegante Ueberblusen Aparte Tuniques Tanzkleidchen für junge Damen	Handschuhe Taschentücher Strümpfe
Echarpes Jabots Gürtel Fächer	Abgepasste St. Galler Stickereioben M. 21.50 M. 22.50 die Robe	Marabout-Stolas Marabout-Muffen Marabout-Hüte

Plüschstolas Plüschmuffen Straussfedern-Stolas Sportjacken Sportmützen

Gebr. Ettlenger Hoflieferanten